

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

08.08.2024

Inhalt

EWN

1 Suche nach Atomlager dauert noch Jahrzehnte <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 08.08.2024</i>	3
2 Die Endlagersuche für Atommüll verzögert sich weiter <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.08.2024</i>	5
3 Suche nach Atommüllendlager verzögert sich weiter <i>tagesschau.de, 08.08.2024</i>	7

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 08.08.2024 | S. 2

📄 Auflage: 22.824 | Reichweite: 79.409

👤 Felix Huesmann, Alisha Mendgen

THEMA DES TAGES

Suche nach Atomlager dauert noch Jahrzehnte

Die Castorbehälter mit strahlendem Abfall werden sehr lange in den Zwischenlagern stehen. Zu diesem Schluss kommt ein aktuelles Gutachten im Auftrag des Bundes.

In spätestens sieben Jahren sollte die Suche nach einem Endlager für den deutschen Atommüll beendet sein. So sieht es das 2017 verabschiedete Standortauswahlgesetz vor. Stattdessen könnte die heikle und komplizierte Suche erst in 50 Jahren oder noch später abgeschlossen werden. Zu diesem Schluss kommt ein Gutachten des Freiburger Öko-Instituts im Auftrag des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), dessen Inhalt nun durch Recherchen des Deutschlandfunks bekannt wurde. Die wichtigsten Fragen und Antworten im Überblick:

Was steht in dem nun bekannt gewordenen Gutachten? Das Gutachten analysiert auf mehr als 300 Seiten die Rahmenbedingungen des Auswahlverfahrens für mögliche Endlagerstandorte und setzt sich insbesondere mit dem Zeitplan für die Endlagersuche auseinander. Der zentrale Satz des Gutachtens lautet: „Selbst bei einem idealen Projektablauf muss damit gerechnet werden, dass das Verfahren erst im Jahr 2074 abgeschlossen werden kann.“ Im realen Verfahren sei jedoch ein weniger idealer Verlauf zu erwarten - es könnte also sogar noch länger dauern, bis ein Endlagerstandort gefunden und festgelegt wurde. Anschließend müsste das Endlager auch noch gebaut werden.

Ist die voraussichtliche Verspätung um mehrere Jahrzehnte eine Überraschung? Nicht wirklich. Bereits 2022 war die mit der Endlagersuche beauftragte Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) zu dem Schluss gekommen, dass die Frist bis 2031 nicht einzuhalten ist. Die BGE gab stattdessen eine Zeitspanne von 2046 bis 2068 für einen Abschluss der Endlagersuche an.

Könnte die Endlagersuche auch schneller laufen? Die Autorinnen und Autoren des neuen Gutachtens weisen darauf hin, dass ihren Berechnungen die Annahme zugrunde gelegt wurde, dass die gesetzlichen Bedingungen unverändert bleiben. Eine Beschleunigung der Endlagersuche ist deshalb nicht ausgeschlossen.

Das Bundesumweltministerium (BMUV) teilte mit, es habe bereits Ende 2022 „Optimierungen in dem laufenden Verfahren der Standortsuche gefordert und mit den Akteuren Gespräche aufgenommen“.

Dabei seien bereits Fortschritte erzielt worden, die in der aktuellen Studie nicht berücksichtigt worden seien. „So begleitet das BASE seit März 2024 die Arbeiten der BGE kontinuierlich und wird daher die in der Studie angenommenen langen Prüfzeiten stark verkürzen können.“ Die BGE werde Ende 2027 Standortregionen für die nähere Auswahl vorschlagen. Das sei dann „der richtige Zeitpunkt, umfassendere weitere Beschleunigung transparent zu diskutieren und zu regeln“. Eine Sprecherin des Ministeriums konnte am Mittwoch auf Nachfrage in der Bundespressekonferenz keinen Zeitrahmen für eine Beschleunigung nennen.

Auch die umweltpolitische Sprecherin der Unionsfraktion im Bundestag, Anja Weisgerber, forderte eine Beschleunigung des Verfahrens, ohne dabei Sicherheitsaspekte außer Acht zu lassen. „Dass das funktionieren kann, haben die Sachverständigen bei unserer Expertenanhörung im Juni im Umweltausschuss des Deutschen Bundestages bestätigt“, sagte die CSU-Politikerin dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). Dass das gehen könne, zeigten Finnland und die Schweiz, wo bereits erfolgreich Endlagerstandorte festgelegt worden seien.

Wie läuft die Endlagersuche ab? Die Frage, wo hoch radioaktive Abfälle in Deutschland gelagert werden können, treibt die Politik seit Jahrzehnten um. Lange war der Salzstock im niedersächsischen Gorleben der prominenteste Kandidat in der Endlagersuche - im September 2020 wurde der Standort Gorleben jedoch endgültig aus dem Suchverfahren ausgeschlossen. Laut dem Standortauswahlgesetz kommen Steinsalz, Tongestein und Kristallingestein als sogenanntes „Wirtsgestein“ für ein unterirdisches Endlager in Be-

tracht. Das Gestein muss für mindestens eine Million Jahre Sicherheit vor dem Austritt gefährlicher Strahlung bieten.

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung hat in einem ersten Schritt bereits Teilgebiete ausgewiesen - 90 Gebiete in Deutschland, in denen die Endlagerung hoch radioaktiver Abfälle grundsätzlich möglich sein soll. In weiteren Schritten sollen Standortregionen zur weiteren Erkundung über und unter Tage ausgewählt werden. Nicht nur diese Prozesse, sondern auch die umfangreichen Beteiligungsverfahren für Bürger, Wissenschaftlerinnen, Interessengruppen, Kommunen und andere, machen die Endlagersuche zu einem langwierigen Prozess.

Wo ist der Atommüll bislang untergebracht? Bislang ist der hoch radioaktive Atommüll in mehreren Zwi-

schenlagern untergebracht. Dort wird er in mehr als 1000 Castorbehältern gelagert. Die Aufbewahrungsgenehmigungen für die Zwischenlager liefen zwischen 2034 und 2047 aus, wegen der länger dauernden Suche würden weitere Genehmigungen notwendig, teilte das BMUV auf RND-Anfrage mit. Ein Austausch der Castorbehälter sei nicht erforderlich: „Nach bisherigen Kenntnissen kann davon ausgegangen werden, dass eine sichere Zwischenlagerung deutlich über die genehmigte Aufbewahrung für 40 Jahre gewährleistet werden kann.“

Zitat-Text:

”Finnland und die Schweiz haben bereits erfolgreich Endlagerstandorte festgelegt.” - Anja Weisgerber, umweltpolitische Sprecherin der Unionsfraktion im Bundestag

📰 Frankfurter Allgemeine Zeitung | 08.08.2024 | S. 17

📄 Auflage: 186.177 | Reichweite: 891.184

👤 Christian Geinitz

Die Endlagersuche für Atommüll verzögert sich weiter

Das Umweltministerium relativiert Medienberichte, aber klar ist, dass das Ziel 2031 um viele Jahre verfehlt wird

itz.Berlin. Das Bundesumweltministerium relativiert Medienberichte, wonach sich die Standortsuche nach einem Lager für hoch radioaktive Abfälle aus der Kernkraft-erzeugung um Jahrzehnte länger hinziehen könnte als bisher bekannt. Diese Verzögerung legt ein wissenschaftlicher Bericht des Öko-Instituts und der Kanzlei Becker Büttner Held für das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) nahe, über den zuerst der Deutschlandfunk berichtet hatte. Die als überraschend herausgestellte Verfehlung des Zieldatums sei längst bekannt, sagte ein Sprecher von Umweltministerin Steffi Lemke (Grüne) am Mittwoch in Berlin.

Zum anderen berücksichtige der BASE-Bericht die jüngsten Verfahrensbeschleunigungen noch nicht.

Tatsächlich heißt es in dem Papier, das auf der Internetseite des BASE verfügbar ist, dass die für die Atommüllverwahrung zuständige Bundesgesellschaft für Endlagerung schon Ende 2022 festgestellt habe, dass die im Standortauswahlgesetz angestrebte Ortsfestlegung im Jahr 2031 nicht zu halten sei. Die BGE genannte Gesellschaft hatte damals schon eine Verspätung bis 2068 abgeschätzt, also 37 Jahre mehr als geplant.

Neu an der jetzigen Bewertung ist, dass erstmals alle Verfahrensschritte für die Endlagersuche berücksichtigt wurden und dass daraus ein zusätzlicher Zeitbedarf von „bis zu sechs Jahren“ ermittelt

wurde, das heißt bis maximal 2074. Der Grund dafür sei, dass die BGE bisher stets solche Verfahrensschritte ausgeklammert und daher zeitlich unterschätzt habe, für die sie selbst nicht zuständig sei. Wohlgedemerkter steht dann erst die Lagerstätte fest. Bis der Atommüll dort nach der Herrichtung wirklich unter die Erde kommt, wird es weitere Jahrzehnte bis hinein ins neue

Jahrhundert dauern. So lange wird der strahlende Abfall weiterhin in sogenannten Zwischenlagern aufbewahrt, in 1000 oberirdisch gelagerten Castorbehältern

auf dem Gelände ehemaliger Kernkraftwerke. In den Interimslagern in Gorleben und Ahaus laufen die Genehmigungen allerdings im Jahr 2034 aus, an anderen Standorten im Jahr 2040. Alle jetzt diskutierten Zeitspannen für die Endlagersuche sind relativ: Letztlich sollen die radioaktiven Reste dort mindestens eine Million Jahre überdauern.

Um die richtige geologische Formation mit „bestmöglicher Sicherheit“ zu finden, seien die Verfahren derart aufwendig, teilt das Ministerium mit. Nachdem 2022 klar war, dass das Projekt in den folgenden zehn Jahren nicht abzuschließen sein werde, habe man „Optimierungen“ für die Suche angestoßen. „Hier wurden bereits Fortschritte erzielt, die in der neuen Studie noch nicht berücksichtigt werden konnten“, sagte der Sprecher. So seien die langen Prüfzeiten stark verkürzt worden. Lemkes Haus setzt jetzt auf „weitere Verfahrensoptimierungen unter Wahrung des Primats der Sicherheit und der gebotenen Öffentlichkeitsbeteiligung“. Im sogenannten Nationalen Begleitgremium NBG können Bürger die Fortschritte verfolgen und kommentieren.

Die BGE hat bisher 90 Teilgebiete auf 54 Prozent der Gesamtfläche Deutschlands benannt, vor allem Salzstöcke. Das einst favorisierte Gorleben ist nicht mehr dabei. Im nächsten größeren Schritt wird die BGE Ende 2027 in einer „Shortlist“ solche Regionen vorschlagen, die für den Standort infrage kämen. Anschließend folgt die Erkundung über und unter Tage, wobei, wie das Ministerium versichert, ebenfalls „große Zeiten eingespart werden“. Auch diese Potentiale habe die Studie nicht berücksichtigt. Die Bundesoberbehörde BASE, die zu Lemkes Ministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz gehört, hält daher an der Forderung fest, „sich spätestens 2046 auf ein Endlager festzulegen und diese Jahreszahl als Benchmark im Endlagersuchprozess zu setzen“. Der Deutschlandfunk macht in seiner Berichterstattung auf einige Ungereimtheiten aufmerksam. Etwa dazu, dass das neue Gutachten dem

Ministerium verspätet übergeben und veröffentlicht worden sei. Seit Februar sei es fertig, dennoch habe Anfang Juli das Ministerium einem Bundestagsabgeordneten mitgeteilt, mit der Veröffentlichung sei nicht vor 2025 zu rechnen. All das werfe kein gutes Bild auf das Transparenzversprechen, hieß es.

Weitere Fragen sind an die Finanzierung zu richten. Die Mittel für die Endlagersuche stammen aus dem Staatsfonds Kenfo, in den die Kraftwerksbetreiber Milliarden eingezahlt haben. Bisher ist die Summe aber nur bis zum ursprünglich angepeilten Jahr 2031 ausgelegt.

Suche nach Atommüllendlager verzögert sich weiter

Bis 2031 sollte ein Standort für ein Atommüllendlager in Deutschland gefunden werden. Doch schon länger ist klar, dass das nicht einzuhalten ist. Eine von der Regierung beauftragte Studie spricht nun von einer Verzögerung bis 2074.

Die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle wird sich einer Regierungsstudie zufolge um Jahrzehnte verzögern. Das im Standortauswahl-Gesetz angepeilte Jahr 2031 sei keinesfalls zu erreichen, heißt es in der Untersuchung des Öko-Instituts, die vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) in Auftrag gegeben wurde und dort abrufbar ist.

„Selbst bei einem idealen Projektablauf muss damit gerechnet werden, dass das Verfahren erst im Jahr 2074 abgeschlossen werden kann“, heißt es darin. Es sei aber ein weniger idealer Verlauf zu erwarten.

Lemke: Gutachten bildet Fortschritte nicht ab

Das Bundesumweltministerium teilte in Berlin mit, die Endlagersuche sei ein „wissenschaftsbasiertes, transparentes sowie lernendes Verfahren, dessen Ansprüche darauf ausgerichtet sind, denjenigen Standort zu finden, der die bestmögliche Sicherheit für einen Zeitraum von einer Million Jahren gewährleistet“. Dass dieses Verfahren nicht bis 2031 abgeschlossen werden könne, sei seit Längerem bekannt.

Bundesumweltministerin Steffi Lemke zufolge bildet das Gutachten die jüngsten Fortschritte nicht ab. „Diese Studie hat nicht alle aktuellen Informationen und Fakten einbeziehen können, weil wir in den letzten Monaten eine Entwicklung hatten, die dynamisch ist“, sagte die Grünen-Politikerin der ARD. „Für mich bleibt das Petitum, dass wir so schnell wie möglich ein Endlager finden müssen, das so sicher wie möglich ist - für uns und auch für die kommenden Generationen.“

Im November 2022 hatte das Ministerium mitgeteilt, dass der ursprüngliche Zeitplan bis 2031 nicht zu halten sein wird. Kurze Zeit später waren Unterlagen der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) öffentlich geworden, wonach sich die Suche bis 2046 oder in einem anderen Szenario sogar bis 2068 hinziehen könnte.

Umweltministerium: Weitere Optimierungen

Eine Ministeriumssprecherin wollte sich auf Nachfrage zu konkreten Zeiträumen nicht äußern. Allerdings erklärte ein anderer Sprecher des Ressorts, dass die BGE in Zusammenarbeit mit dem BASE die in der Studie angenommenen langen Prüfzeiten stark verkürzen könne. Erklärtes Ziel des Umweltministeriums seien „weitere Verfahrensoptimierungen - unter Wahrung des Primats der Sicherheit und der gebotenen Öffentlichkeitsbeteiligung“. Als nächstes werde die BGE Ende 2027 mehrere Standortregionen vorschlagen, die in die nähere Auswahl kommen, hieß es weiter.

„Dies ist der richtige Zeitpunkt, umfassendere weitere Beschleunigung transparent zu diskutieren und zu regeln.“ Der Sprecher betonte: „Besonders bei der dann nach 2027 folgenden ober- und untertägigen Erkundung können große Zeiten eingespart werden.“ Dazu führe das Umweltministerium bereits jetzt „kontinuierliche Verfahrensevaluierungen“ mit allen Beteiligten durch. „Auch diese Potentiale konnten in der Studie nicht ausreichend berücksichtigt werden.“

Abfall lagert bislang in stillgelegten AKW

Bereits 2022 hatte das Umweltministerium aufgrund einer anderen Studie eingeräumt, das Datum 2031 sei wohl nicht zu halten. Damals wurde in der Untersuchung das Datum 2046 genannt. Über die Öko-Institut-Studie hatte zuerst der Deutschlandfunk berichtet. Das Umweltministerium äußerte sich bisher nicht. Das Atommüllendlager sollte nach abgeschlossener Standortsuche eigentlich ab 2050 zur Verfügung stehen. Bislang lagert der hochradioaktive Abfall aus den stillgelegten Atomkraftwerken (AKW) in Zwischenlagern - meist an AKW-Standorten, deren Genehmigungen aber vor 2050 auslaufen.

Heftiger Widerstand wird erwartet

Die Standortsuche war in einem Gesetz detailliert in drei Phasen verankert worden. Dabei war man nach

dem Aus für das einmal ins Auge gefasste Lager Gorleben von einer "weißen" Landkarte ausgegangen. Das heißt, theoretisch hätte überall in Deutschland ein Lager errichtet werden können. Eine erste Eingrenzung hatte es 2020 gegeben, doch es kamen immer noch weite Teile Deutschlands mit 90 möglichen Regionen

infrage. Das Öko-Institut regt nun zur Beschleunigung an, die Zahl der Regionen früher einzugrenzen und damit weniger Standorte intensiver zu untersuchen. Die Standortsuche ist brisant, da ein solches Lager in Deutschland erfahrungsgemäß auf heftigen Widerstand im jeweiligen Bundesland und der Region trifft.

